Steuer-Oase: Große Koalition verhindert U-Ausschuss gegen Juncker

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 05.02.15

Die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament haben einen Untersuchungsausschuss zu den Luxemburger Steuerdeals verhindert. Ein solcher hätte auch Junckers Rolle als ehemaliger Finanzminister und Premier der Steuer-Oase durchleuchtet.



Martin Schulz verhinderte gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden des EU-Parlaments einen Untersuchungsausschuss gegen Steuerdeals. Ein solcher hätte auch Jean-Claude Junckers Rolle als Finanzminister und Premier von Luxemburg durchleuchtet. (Foto: dpa)

Im EU-Parlament ist die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Steuerdeals zwischen EU-Staaten und Konzernen am Widerstand der großen Fraktionen gescheitert. Stattdessen vereinbarten die Fraktionsvorsitzenden am Donnerstag, dass ein "Sonderausschuss" prüfen soll, inwieweit Länder wie Luxemburg Steuervermeidung fördern. Im Gegensatz zum Untersuchungsausschuss hat dieses Sondergremium weniger Befugnisse. Der Juristische Dienst des EU-Parlaments hatte rechtliche Bedenken gegen einen Untersuchungsausschuss geäußert.

Die Vorsitzende der Grünen im EU-Parlament, Rebecca Harms, bezeichnete es dennoch als unverständlich, warum die Fraktionsvorsitzenden eine Untersuchung mit weitreichenden Möglichkeiten abgelehnt hätten. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Manfred Weber (CSU), verteidigte die Entscheidung dagegen: "Der neue Ausschuss soll Transparenz in den Steuerregelungen schaffen und Vorschläge machen, wie mehr Steuergerechtigkeit durchgesetzt und Steuervermeidung in der EU begegnet werden kann."

Der Untersuchungsausschuss war auch deshalb umstritten, weil dadurch womöglich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unter Druck geraten wäre, in dessen Amtszeit als Ministerpräsident Luxemburgs viele Steuervereinbarungen des Großherzogtums mit Konzernen fallen. EVP und Sozialdemokraten haben Juncker zu dessen Amtsantritt ihre Unterstützung im EU-Parlament zugesagt.

Vor der Entscheidung hatte ein EU-Abgeordneter gewarnt: "Es wird sich so viel Blut auf dem Teppich finden, dass (die Untersuchung) niemand durchführen wollen wird, denn niemand kann das hinterher reinigen." Im vergangenen Monat waren ausreichend Unterschriften im EU-Parlament gesammelt worden, um einen Untersuchungsausschuss aufzustellen. Dabei sollte dieser sich nicht nur um die Steuervergünstigungen für Unternehmen in Luxemburg kümmern, sondern auch um ähnliche Vorgehensweisen in anderen EU-Staaten. Da sich die Fraktionsvorsitzenden gegen den Ausschuss entschieden haben, kommt es zu keiner Abstimmung mehr im EU-Parlament.

Kommentare



6. Februar 2015 um 10:21

Durchblick sagt:

Es gibt einfach zu wenig echte Oposition in Brüssel!

Darum bleibt tatsächlich nur eine Alternative, EU kritische Parteien nach Brüssel schicken.

Antworten



6. Februar 2015 um 09:19

Lisa sagt:

Diese Entscheidung ist ein Skandal.

Im Grunde genommen war schon die Entscheidung Juncker für dieses Amt zu wählen ein Skandal, denn Junckers Machenschaften waren schon damals bekannt.

Antworten



6. Februar 2015 um 08:48

Ekkehardt Fritz Beyer sagt:

Ist es nicht offensichtlich, dass Dr. Merkel "anwies", den U-Ausschuss zu verhindern, weil allgemein bekannt ist: Der Junker kam – wie sie selbst u. BP Gauck auch – trotz seiner Vergangenheit http://tv-orange.de/2015/02/reloaded-die-geheimen-akten-des-joachim-gauck/ – in sein Amt? Wollte/durfte man auch in diesem Fall vorher nicht prüfen?

Ich denke: Weil Junker auf Empfehlung/Weisung(?) v. Dr. Merkel in sein Amt kam – bei welchem dieser Skandal so viel Blut auf dem Teppich hinterlässt, "dass ihn hinterher niemand mehr reinigen kann" – ist auch die Kanzlerin in Gefahr! Denn ihr "darf"(?) dann wohl unterstellt werden, vorher von Junkers üblen Geschäften(?) "zumindest" gewusst zu haben!?

Ist der Fall Edathy nur ein Vorschnackt dessen, was von unseren Politikern noch zu erwarten ist?

Antworten

. 8

6. Februar 2015 um 08:23

marc sagt:

Eine große Anzahl der EU-Politiker sind korrupt, das es mir nur noch schlecht wird. Vertuschen, Bestechen, und dienen den Lobbyisten, dass ist das Motto in Brüssel.

Die Mafia und Camorra sind dagegen heilige.

Antworten

2

6. Februar 2015 um 08:15

stefan kienzler sagt:

Wer hätte auch etwas Anderes vermutet? Eine Krähe hackt der Anderen eben kein Auge aus! Die Euro Amigos sind sich wohl wieder einmal einig gewesen, daß nicht sein kann, was nicht sein darf und geschoren werden immer nur die, die sich nicht wehren können. Das hat sich doch bewährt oder?

Antworten



6. Februar 2015 um 08:15

Nebenerwerbskanzler sagt:

Hat das hier jemanden überrascht? Ja so läuft das in der europäischen Plünderungsunion. Auf die Sozen ist bei allem zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung hier stets Verlaß! Und wenn von außen geplündert wird, dann erst recht.

Antworten



6. Februar 2015 um 07:58

Oh Bama sagt:

Da kann man auch gleich denjenigen fragen der auf dem Ast sitzt, ob er dafür ist dass er abgesägt wird! immer geht es um Konzerninterressen und diese weiß man zu wahren. Je höher das Amt desto mehr Dreck am Stecken.

Antworten



6. Februar 2015 um 07:57

uwe1904 sagt:

Welchen Wert hat die EU für die Bevölkerung, wenn sie von solchen Politikern ausgebeutet wird. Die großen Konzerne hinterziehen legal Milliarden an Steuergeldern und dem Volk wird der Gürtel jedes Jahr enger gezogen. Das ist Finanzfeudalismus.

Wie heißt es so schön: Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Antworten



6. Februar 2015 um 07:31

Jens sagt:

Es bleibt alles wie es ist. Dafür wurde die EU geschaffen. Jetzt sollte es auch der letzte begriffen haben, dass es eine Demokratie nicht gibt.

Antworten



6. Februar 2015 um 06:09

Hans Wurst sagt:

Diese Entscheidung zeigt wieder eindeutig, daß keine Aufklärung mit einhergehenden Konsequenzen gewünscht ist. Die Bankenlobby hat sich korrupt durchgesetzt. EU Parlamentariern ist nicht zu vertrauen. Hier hätte ich eine andere Signalwirkung erhofft. Die EU schafft sich hier auch ab.